



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

19. hét

2019.05.06.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *Die skandalöse Wortmeldung der MSZP-Politikerin Frau Bangó könnte das Wählerlager der Sozialisten erodieren lassen:*

In der breiten Öffentlichkeit hat eine Äußerung von Ildikó Bangó-Borbély für gewaltige Empörung gesorgt, bei der die Parlamentsabgeordnete der MSZP erklärte, dass die Sympathiewerte der Regierungsparteien offensichtlich deshalb laufend zunehmen, weil es „zu viele Ratten in Ungarn gibt“. Wie eine Erhebung des Nézópont-Instituts zeigt, werden diese Worte der Politikerin auch von gegen die Regierung eingestellten Wählern verurteilt, so dass dies zu einer schwindenden Popularität der Sozialisten beitragen könnte.

Wirtschaftspolitik – *Die Diversifizierung der Energiebezugsquellen Ungarns hängt in erster Linie von den internationalen Partnern ab:*

Gegenwärtig läuft die Planung und Errichtung mehrerer neuer Gaspipelines in Europa, wie auch neue Bezugsquellen erschlossen wurden. Die Diversifizierung des ungarischen Erdgaseinkaufs hängt von diesen Prozessen ab, deren Geschwindigkeit durch die internationalen Partner bestimmt wird. Weil die Vereinigten Staaten von Amerika ebenfalls einen wichtigen Akteur in der Region darstellen, erlangt der Arbeitsbesuch von Viktor Orbán bei Donald Trump am 13. Mai große Bedeutung.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Das Treffen Orbán-Salvini verfolgte die Zielstellung, neue Koalitionspartner für die Europäische Volkspartei zu finden:*

Viktor Orbán traf sich vergangene Woche in Ungarn mit dem italienischen Innenminister Matteo Salvini, und trifft an diesem Montag mit Österreichs Vizekanzler Heinz-Christian Strache zusammen. Die primäre Zielstellung beider Begegnungen lautete, eine Mehrheit der Europäischen Volkspartei davon zu überzeugen, dass die Mitte-rechts-Parteienfamilie an Stelle der Sozialdemokraten und Liberalen nach den Wahlen zum Europaparlament am 26. Mai besser ein Bündnis mit den rechtsgerichteten und migrationskritischen Parteien in Europa suchen sollte.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *Die einen Verbleib in der Gemeinschaft wünschenden Mitteleuropäer würden Reformen der EU begrüßen:*

Das Nézópont-Institut nahm im Februar eine Erhebung in zwölf Ländern Mitteleuropas vor, bei der auch das Verhältnis zur EU zur Sprache kam. Ganze 16 Prozent der Befragten würden ihr Land aus der Europäischen Union führen wollen, während 78 Prozent der Meinung sind, ihre Heimat sei ein Teil der Gemeinschaft.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

DIE SKANDALÖSE WORTMELDUNG VON FRAU BANGÓ KÖNNTE DAS MSZP-LAGER ERODIEREN LASSEN

In der breiten Öffentlichkeit hat eine Äußerung von Ildikó Bangó-Borbély für gewaltige Empörung gesorgt, bei der die Parlamentsabgeordnete der MSZP erklärte, dass die Sympathiewerte der Regierungsparteien offensichtlich deshalb laufend zunehmen, weil es „zu viele Ratten in Ungarn gibt“. Wie eine Erhebung des Nézőpont-Instituts zeigt, werden diese Worte der Politikerin auch von gegen die Regierung eingestellten Wählern verurteilt, so dass dies zu einer schwindenden Popularität der Sozialisten beitragen könnte.

Die sozialistischen Politiker reagierten auf eine außerordentlich eigenwillige Art und Weise auf den Skandal, der auf diese Worte folgte. Der Europaabgeordnete István Ujhelyi erklärte, in Ungarn gebe es eine „Rattenregierung“, und in den Sozialforen schaltete die Partei gleich zwei Videos, welche die Notwendigkeit einer Bekämpfung der Rattenplage im Umfeld der Lendvai utca, also am Sitz des Fidesz, erörterten. Letztere Videos verschwanden später von den Internetseiten, während Frau Bangó um Entschuldigung bitten musste. Das braucht nicht zu verwundern, zeigte eine Online-Blitzumfrage des Nézőpont-Instituts doch, dass 78 Prozent der ungarischen Wähler und selbst noch zwei Drittel der Oppositionswähler die Verwendung solcher Ausdrücke durch Politiker verurteilen. Ebenfalls aus dieser Umfrage geht hervor, dass Frau Bangó nach Ansicht einer relativen Mehrheit von 43 Prozent der Befragten ihr Mandat als Parlamentsabgeordnete zurückgeben müsste.

So könnte leicht der Fall eintreten, dass jene Wähler, die noch im letzten Moment entscheiden, ob sie an den Europawahlen teilnehmen beziehungsweise welcher Partei sie letztlich ihre Stimme geben, sich von der MSZP abwenden, was jenes nicht ausgesprochene Ziel gefährden könnte, mit der gemeinsamen Liste des Linksbündnisses MSZP-Párbeszéd die psychologische Schwelle von 10 Prozent zu meistern. Eine großflächige Untersuchung des Nézőpont-Instituts zeigte im April genau ein solches Wählerlager hinter der Liste MSZP-P auf. Gewinner des Monats wurde ausgerechnet die um zwei Prozentpunkte erstarkende und nun bei 8 Prozent angelangte DK, die dem MSZP-Lager am gefährlichsten werden kann. Ferenc Gyurcsány verglich das „Rattenbeispiel“ indirekt mit dem Sprachschatz der Rechtsradikalen, womit er sich anmeldete, die möglicherweise abwandernden MSZP-Wähler aufzufangen. Sollten die Sozialisten den Titel als größte Partei im linken Lager bei den

Europawahlen möglicherweise verlieren, könnte das den Verlauf der Verhandlungen im Vorfeld der im Herbst anstehenden Kommunalwahlen erheblich beeinflussen. Eine ähnliche Frage ergibt sich daraus, welche der hart an der Parlamentshürde gemessenen Parteien (die Nézőpont-Erhebung erfasste die Momentum-Bewegung aktuell bei 5 Prozent, die LMP bei 4 Prozent) am 26. Mai ein Mandat im Europaparlament erlangen kann. Unterdessen konnten Fidesz-KDNP ihr Wählerlager weiter ausbauen und stehen aktuell bei 57 Prozent, wohingegen die Jobbik mit ihrem „unsichtbaren“ Wahlkampf mit 11 Prozent ungefähr noch die Hälfte der bei den Parlamentswahlen 2018 erreichten Stimmen erzielen könnte.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE DIVERSIFIZIERUNG DER ENERGIEBEZUGSQUELLEN UNGARNS HÄNGT IN ERSTER LINIE VON DEN INTERNATIONALEN PARTNERN AB

Gegenwärtig läuft die Planung und Errichtung mehrerer neuer Gaspipelines in Europa, wie auch neue Bezugsquellen erschlossen wurden. Die Diversifizierung des ungarischen Erdgaseinkaufs hängt von diesen Prozessen ab, deren Geschwindigkeit durch die internationalen Partner bestimmt wird. Weil die Vereinigten Staaten von Amerika ebenfalls einen wichtigen Akteur in der Region darstellen, erlangt der Arbeitsbesuch von Viktor Orbán bei Donald Trump am 13. Mai große Bedeutung.

Die Erdgaslieferungen stellen keine einfache Aufgabe dar, weshalb die Ausgestaltung neuer Trassen den Energiemarkt der Region auf Jahrzehnte determinieren kann. Ausgehend von seiner geographischen Lage besetzt Ungarn in dieser Frage eine Rolle von entscheidender Bedeutung als Transferland, während die Diversifizierung der einheimischen Energiebezugsquellen im nationalen Interesse liegt. „Ungarn würde seine Energiebezugsquellen liebend gern diversifizieren, doch ist die Voraussetzung dafür, dass die notwendige Infrastruktur ausgebaut und die Investitionsentscheidungen getroffen werden, welche Dinge aber von den internationalen Partnern abhängen“, erklärte der Minister für Außenwirtschaft und Auswärtiges, Péter Szijjártó, am 2. Mai auf der Energiekonferenz der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union in Brüssel. In der Region entstehen derzeit neue Gaspipelines und erscheinen neuartige Bezugsquellen; in diesem Zusammenhang hielt Péter Szijjártó fest, dass diese Prozesse „bei weitem nicht zufriedenstellend vorankommen... In Mitteleuropa stellt sich die Energieversorgungssicherheit auch weiterhin als

außerordentlich kritisch dar“. In welchem Maße sich Ungarn von der aktuell einzigen Bezugsquelle loslösen kann, steht und fällt mit der Verwirklichung folgender Alternativprojekte: dem Markteintritt der Erschließung rumänischer Erdgasfelder, die im Schwarzen Meer entdeckt wurden, der Verschiffung von Flüssiggas (über LNG-Terminals in Polen und Kroatien), dem Bau der Gaspipeline „Türkischer Strom“, der Anbindung von Erdgaslieferungen aus Aserbaidschan nach Südeuropa (über die TAP-Trasse) bzw. dem Bau der Seepipeline in Zusammenarbeit Norwegens mit Dänemark und Polen. Auf diesem Feld kreuzen sich die Interessen zahlreicher Regierungen und Großunternehmen. In diesen Prozessen spielen die Vereinigten Staaten von Amerika ebenfalls eine gewichtige Rolle, weshalb das Treffen von Viktor Orbán mit Donald Trump am 13. Mai herausragende Bedeutung erlangt, bei dem die Frage der Energiesicherheit ein Thema sein wird.

Ungarn ist auf eine eventuelle Einstellung der Transite via Ukraine vorbereitet, denn laut Vereinbarung mit Gazprom wird ein Teil der für 2020 vorgesehenen Erdgaslieferungen noch in diesem Jahr getätigt, deren Einspeicherung bereits begonnen hat.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DAS TREFFEN ORBÁN-SALVINI DIENTE DEM ZIEL, NEUE KOALITIONSPARTNER FÜR DIE VOLKSPARTEI ZU FINDEN

Viktor Orbán traf sich vergangene Woche in Ungarn mit dem italienischen Innenminister Matteo Salvini, und trifft an diesem Montag mit Österreichs Vizekanzler Heinz-Christian Strache zusammen. Die primäre Zielstellung beider Begegnungen lautete, eine Mehrheit der Europäischen Volkspartei davon zu überzeugen, dass die Mitte-rechts-Parteienfamilie an Stelle der Sozialdemokraten und Liberalen nach den Wahlen zum Europaparlament am 26. Mai besser ein Bündnis mit den rechtsgerichteten und migrationskritischen Parteien in Europa suchen sollte.

Der Vorsitzende der Lega, der stärksten Partei Italiens, Matteo Salvini, gründete vor wenigen Wochen eine neue Fraktion für das Europaparlament, die „Europäische Allianz der Menschen und Nationen“. Salvini verfolgt selbstverständlich das Ziel, europaweit möglichst viele rechtsgerichtete, einwanderungsfeindliche Parteien in sein neues Bündnis einzubringen, wofür ihm die Möglichkeit des Treffens mit Orbán einen guten Anlass bot.

Der ungarische Ministerpräsident verfolgte mit dem Treffen jedoch von Grund auf andere Ziele: Wenngleich der Fidesz zuvor im gegenseitigen Einvernehmen seine Mitgliedschaft in der Europäischen Volkspartei suspendierte, gab der ungarische Ministerpräsident noch nicht die Chance auf, in der traditionell stärksten transnationalen Parteienfamilie zu verbleiben. Wenn es Fidesz-KDNP gelingen sollte, nach den derzeit realistisch anmutenden Szenarien bei den Europawahlen am 26. Mai ein herausragendes Ergebnis zu erzielen und somit eine große Zahl an Mandaten im Europaparlament zu erobern, dann wird die den Umfragen zufolge schwächer abschneidende Europäische Volkspartei auf die Stimmen des Fidesz bei der Wahl des künftigen Präsidenten der Europäischen Kommission angewiesen sein. Viktor Orbán wird in diesem Fall eine wichtigere Rolle bei der Bestimmung der Bündnispolitik der Volkspartei beanspruchen dürfen und erhalten.

Somit handeln die Treffen mit Salvini und Strache für Viktor Orbán und den Fidesz in erster Linie davon, neue Bündnisse zu errichten. Die Parteien der beiden westlichen Politiker sind schon heute mit Kräften aus der Volkspartei Koalitionen eingegangen (die Lega von Salvini regiert einzelne Regionen Italiens gemeinsam mit der Forza Italia von Berlusconi, die FPÖ von Strache regiert gemeinsam mit der von Kurz geführten Volkspartei Österreich), woraus sich eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene als selbstverständlich ableiten lässt. Der ungarische Ministerpräsident sagte im Interview für die „Kleine Zeitung“: „Ich schlage Europa genau das vor, was in Österreich geschieht. Europa sollte das österreichische Modell übernehmen, bei dem eine Mitte-rechts-Partei mit der Rechten kooperiert.“ Allerdings gibt es manche Parteien im Umfeld des Salvini-Bündnisses, die diese Formel zum Scheitern bringen könnten. Die AfD und die Rassemblement National von Marine Le Pen in Frankreich gelten als übermäßig radikal, weshalb diese Parteien für die Europäische Volkspartei nicht als Koalitionspartner in Frage kommen können.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DIE PROEUROPÄISCHEN MITTELEUROPÄER WÜNSCHEN EINE REFORM DER EU

Ministerpräsident Viktor Orbán besuchte am 1. Mai Warschau, wo er an einem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs jener Ländergruppe teilnahm, die der Europäischen Union genau vor fünfzehn Jahren (Tschechien, Polen, Ungarn, Slowakei, Slowenien, Malta, Lettland, Litauen, Estland und Zypern) beziehungsweise seither (Bulgarien, Kroatien und Rumänien) beigetreten ist. Der

Regierungschef traf die Einschätzung, die neuen Mitgliedstaaten hätten die der EU-Mitgliedschaft innewohnenden Möglichkeiten ausgeschöpft, was der harten Arbeit ihrer Staatsbürger zu verdanken sei. Das Nézópont-Institut nahm im Februar eine Erhebung in zwölf Ländern Mitteleuropas vor, bei der auch das Verhältnis zur EU zur Sprache kam. Ganze 16 Prozent der Befragten (17 Millionen Menschen) würden ihr eigenes Land aus der Europäischen Union führen wollen, während 78 Prozent (83 Millionen Befragte) der Meinung sind, ihre Heimat habe ihren Platz in der Gemeinschaft. In Ungarn bewegt sich der Anteil jener, die in der EU verbleiben wollen, mit 79 Prozent in der Nähe des in der Region erhobenen Durchschnittswertes, wobei aber nur 11 Prozent der Befragten die EU verlassen wollen. Auch wenn die Mitteleuropäer die Gemeinschaft nicht verlassen wollen, sind sie doch nicht überzeugt davon, dass die Dinge in Europa in eine gute Richtung gehen, denn nur 45 Prozent stimmen dieser Behauptung zu, während exakt die Hälfte der Befragten eine entgegengesetzte Meinung vertritt. Die Ungarn gehören zu den Nationen mit einer besonders kritischen Einstellung: Nur ein Drittel der Befragten hierzulande sieht die Entwicklung des Kontinents in die richtige Richtung gehen, während gleich 62 Prozent unzufrieden sind.

DIE ZUKUNFT DER VORWAHL IN BUDAPEST IST UNGEWISS

Die geplante Vorwahl in der Hauptstadt könnte scheitern, denn am 2. Mai lief die durch aHang früher in einer offiziellen Verlautbarung mitgeteilte Frist für den Vertragsabschluss mit den Kandidaten ab. Zu der für den 30. April angesetzten Konsultation mit der Zivilorganisation erschienen die Politiker von MSZP, DK, Párbeszéd und Momentum nicht. Ein genauer Zeitpunkt für die geplante Vorwahl war auch bislang nicht bekannt; aHang hatte am 17. April lediglich mitgeteilt, dass diese „im Juni 2019 in einem durch den Wahlausschuss festgelegten Zeitraum mit den entsprechenden Wahlorten zur Abwicklung gelangt“. Weil es weiterhin keine Übereinkunft zwischen den Oppositionsparteien gibt, unterbreitete der die Unterstützung von Jobbik und LMP hinter sich wissende OB-Kandidat Róbert Puzsér auf seiner Pressekonferenz am 2. Mai den Parteien der Opposition ein aus drei Punkten bestehendes Angebot. Seiner Meinung nach müssten die Wahlbezirke „korrekt“ unter den Oppositionsparteien aufgeteilt werden, was in der Weise geschehen könnte, dass man den Durchschnittswert der bei den Parlamentswahlen im Vorjahr und bei den im Mai stattfindenden Europawahlen in Budapest erzielten Ergebnisse zugrunde legt. Als zweiter Punkt sei ein „Mindestprogramm“ für die Hauptstadt vonnöten, dessen Bestandteil ein Antikorruptionspaket sein müsse. Schließlich sollte die Vorwahl für einen gemeinsamen Spitzenkandidaten der Opposition für

das Amt des Oberbürgermeisters von Budapest unter genau definierten Bedingungen und nicht in Organisation der MSZP erfolgen.

PROGNOSE

- Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump, hat den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán nach Washington eingeladen; das Treffen im vertraulichen Kreis findet am 13. Mai statt. Wie der Minister für Außenwirtschaft und Auswärtiges, Péter Szijjártó, informierte, werden bei dem Gespräch die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung, die regionale Sicherheit, die Energieversorgungssicherheit und die bilateralen Beziehungen erörtert. „Wir Ungarn betrachten die Vereinigten Staaten als strategischen Verbündeten; ähnlich dem Standpunkt der US-Regierung sehen auch wir sehr viele wichtige Fragen, die in der heutigen Welt ein Dilemma darstellen. Wir vertreten die gleiche Meinung in Hinsicht auf Migration, den Schutz der Christen und die Sicherheit“, erklärte Péter Szijjártó. Der Besuch kann Ungarns internationale Position in der Frage der illegalen Einwanderung stärken, denn auch Donald Trump verfolgt seit seinem Amtsantritt eine Politik des markanten Grenzschutzes und gegen die Migrationsströme. An der Südgrenze der Vereinigten Staaten wurde mit dem Bau der ersten einhundert Kilometer des Grenzschutzwalls begonnen, nachdem die illegale Einwanderung eine zunehmende Bedrohung an der Grenze zwischen den USA und Mexiko bedeutet. Deshalb lässt sich die Aussage treffen, dass der die Grenze bedrohende Migrationsdruck und die Verteidigungspolitik gemeinsame Punkte zwischen den Repräsentanten der beiden Länder bilden.

Zur gleichen Zeit wie der ungarische Regierungschef reist auch der Oberbürgermeister von Hódmezővásárhely, Péter Márki-Zay, in die USA, der allerdings sehr wahrscheinlich nur auf der untersten diplomatischen Ebene empfangen wird. Diese Reise fünf Monate vor den Kommunalwahlen handelt von Spendensammlungen, wobei die Fragen ihres Erfolgs sowie des Umstands, inwieweit dies den ungarischen Gesetzen über die Wahlkampffinanzierung Rechnung trägt, später auf die Tagesordnung gelangen dürften.